



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

Wuppertal, 1974

2.3 Aufbau

[urn:nbn:de:hbz:466:1-51255](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-51255)

Wissenschaftsrats vom Juli 1972 enthalten ist, daß in der integrierten Gesamthochschule „gemeinsame Fachbereiche für die gleichen, analogen oder parallelen Disziplinen der vorher selbständigen Hochschulen“ zu bilden sind.

2.3 Aufbau

Rechtzeitig zum Errichtungstermin konnten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die neuen Gesamthochschulen am 1. August 1972 handlungsfähig zu machen.

Berufung der Gründungsrektoren:

Gemäß § 18 GHEG wurde im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen für jede Gesamthochschule der Gründungsrektor berufen. Die Stellen waren im April 1972 ausgeschrieben worden; es gingen etwa 40 Bewerbungen ein. Weitere Persönlichkeiten wurden vom Minister für Wissenschaft und Forschung angesprochen.

Alle Gründungsrektoren sind ordentliche Professoren an der jeweiligen Gesamthochschule und damit auch korporationsrechtlich mit ihr verbunden.

Berufung der Gründungssenate:

Nach dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz war dem Minister für Wissenschaft und Forschung aufgegeben, für jede Gesamthochschule einen Gründungssenat zu berufen, dem jeweils – außer Gründungsrektor und Kanzler – zehn (Essen: 15) von den übergeleiteten Einrichtungen gewählte Mitglieder und bis zu zehn (Essen: 15) vom Minister für Wissenschaft und Forschung im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen ernannte Mitglieder angehören. Die Wahlen für den Gründungssenat fanden in den übergeleiteten Einrichtungen aufgrund einer vom Minister für Wissenschaft und Forschung erlassenen Wahlordnung im Juni 1972 statt. Aus jeder Einrichtung wurden zwei Hochschullehrer, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (mit Ausnahme der Fachhochschulen), ein Student (bei Fachhochschulen zwei Studenten) und ein nicht-wissenschaftlicher Mitarbeiter gewählt.

Die vom Minister für Wissenschaft und Forschung zu berufenden Mitglieder der Gründungssenate sollten gemäß § 19 GHEG in der Regel Fachvertreter neu einzuführender Studiengänge sein. Für diesen Teil der Gründungssenate sind im Gesamthochschulentwicklungsgesetz keine Paritäten festgesetzt. Es war jedoch von Anfang an vorgesehen, neben Hochschullehrern auch wissenschaftliche Mitarbeiter und graduierte Studenten zu berufen. Die Stellen

sind dementsprechend im April 1972 überregional ausgeschrieben worden. Insgesamt gingen knapp eintausend Bewerbungen ein. Mit allen Bewerbern, die in die nähere Wahl kamen, sind Gespräche geführt worden (Auswahlkriterien waren: wissenschaftliche Qualifikation, Erfahrungen in der Hochschulselbstverwaltung, Aufgeschlossenheit und Engagement in Fragen der Studienreform und Bejahung des Konzepts der integrierten Gesamthochschule). Es wurde Wert darauf gelegt, daß die Bewerber ebenso wie die Gründungsrektoren bereit waren, sich zugleich mit der Berufung in den Gründungssenat auch korporationsrechtlich an die Gesamthochschule zu binden.

Die Gründungssenate haben Anfang August 1972 mit konstituierenden Sitzungen, zu denen die Öffentlichkeit eingeladen war, ihre Tätigkeit aufgenommen.

Bestellung der Kanzler:

Die Kanzlerstellen wurden im März 1972 überregional ausgeschrieben. Aus dem Kreis von etwa 60 Bewerbern wurden die Kanzler ausgewählt und im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen bestellt.

Um den Aufbau der Verwaltung zu erleichtern, wurde nach Erörterung mit den Kanzlern ein einheitlicher Verwaltungsgliederungsplan für alle fünf Gesamthochschulen in Kraft gesetzt und ein Mustergeschäftsverteilungsplan erlassen.

Bildung der Gründungsrektorate:

Alle Gesamthochschulen haben entsprechend den Vorschriften der Vorläufigen Grundordnungen jeweils drei Konrektoren gewählt, die zusammen mit dem Gründungsrektor und dem Kanzler das Gründungsrektorat bilden und zugleich Vorsitzende einer Ständigen Kommission sind.

Konstituierung der Kuratorien:

Die Bildung der Kuratorien gemäß § 22 GHEG ist an allen Orten erfolgt.

Aufnahme in das Hochschulverzeichnis:

Nach positiver Stellungnahme des Wissenschaftsrats wurden die Gesamthochschulen Anfang 1973 von der Bundesregierung in das Hochschulverzeichnis nach dem Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen.